

31. Juli 2019, 22:00 Uhr Mit großer Mehrheit

Kinderbetreuung wird teurer

Der Haimhausener Gemeinderat beschließt trotz Protests eine Anhebung der Gebühren und zusätzliche Abholzeiten

Von Rudi Kanamüller, Haimhausen

Die Gebührenerhöhung für die Mittagsbetreuung der Grundschüler sowie der gemeindlichen Kindertageseinrichtungen in Haimhausen bleibt. Unbeeindruckt von der Anwesenheit zahlreicher Mütter, die in den Sitzungssaal des Rathauses gekommen waren, hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit in seiner jüngsten Sitzung sowohl die Benutzungssatzung als auch die neue Gebührensatzung beschlossen.

Wer sein Kind an fünf Tagen bis 15 Uhr in die Mittagsbetreuung gegeben hat, musste bisher 70 Euro zahlen, künftig werden für dieselbe Leistung 150 Euro verlangt. In den Ferien fällt eine Pauschalgebühr von 15 Euro pro Tag an. Bei Kindergarten und Krippe fällt die Erhöhung nicht so sehr ins Gewicht, denn der Freistaat unterstützt Kinder ab drei Jahren mit einem Zuschuss von 100 Euro. Außerdem gibt es bereits ab dem zweiten Kind 25 Prozent Geschwisterermäßigung.

Nach einer zähen Kleinkleindiskussion um Satzungsformulierungen, flexible Abholzeiten, Familienfreundlichkeit, Einrichtung eines Elternbeirats, staatliche Fördergelder und unsoziale Gebühren, formulierte Bürgermeister Peter Felbermeier (CSU) einen Kompromiss: Der Gemeinderat empfiehlt mehrheitlich die Einrichtung eines Elternbeirates und die Abholzeiten werden um eine zusätzliche halbe Stunde erweitert. Zwar sind die Kommunalwahlen erst nächstes Jahr, die Gruppierungen im Gemeinderat laufen sich aber jetzt schon warm. So sollte die überarbeitete Benutzungssatzung für die Mittagsbetreuung bereits im Mai beschlossen werden. Da jedoch Zweifel bezüglich einzelner Regelungen bestand, wurde die Satzung dem Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde vorgelegt. Diese hatte keinerlei Beanstandungen. Dennoch gaben sich Angelika Goldfuß (ÜWG) und Ergun Dost (Bürgerstimme) nicht zufrieden. Beide monierten, dass die Staffelung der Gebühren und vor allem die Abholzeiten für die Kinder nicht flexibel genug seien. Bürgerstimme-Sprecher Ergun Dost wollte den betroffenen Müttern Rederecht verschaffen. Doch Felbermeier lehnte dies mit Verweis auf die Gemeindeordnung ab.

Michael Kuffner (Bürgerstimme) war der Ansicht, dass es schon noch Möglichkeiten gebe, Abholzeiten und Gebührenhöhe zu korrigieren. Er plädierte dafür, "nochmals ins Gespräch zu kommen". Dost empfand die Benutzungssatzung gar als "knallhart und zu forsch" formuliert. Außerdem sei sie nicht "familienfreundlich". Was wiederum Claudia Kops (CSU) zum Zwischenruf "Wahlkampfmodus!" veranlasste. Ihr Fraktionskollege Martin Müller (CSU) fragte sich, was es denn an der Satzung auszusetzen gebe. "Ich verstehe eure Kritik nicht!" Den Vorwurf der Familienunfreundlichkeit wies Felbermeier scharf zurück: "Das stimmt nicht."

Ergun Dost relativierte schließlich seine Haltung zur Satzung: "Die kritisieren wir ja nicht. Aber es gibt Punkte, die man verbessern könnte." Die Einführung eines Elternbeirats beispielsweise. Dies sei nicht Sache des Gemeinderats, entgegnete Felbermeier. "Es ist die Frage, ob wir in die Satzung sämtliche Elternwünsche einarbeiten sollen." Eine Satzung sei etwas "Generalisierendes". Außerdem könne man es ohnehin nicht jedem recht machen. Ingrid Weizmann (SPD), die zusammen mit ihrem Kollegen Ludwig Meier bereits früher gegen die Erhöhung der Betreuungsgebühren gestimmt hatte, blieb dabei: "Wir wollen keine so hohen Gebühren in der Satzung", sagte sie.

Die Erzieherinnen haben bei flexiblen Abholzeiten die Nachweispflicht, was mit bürokratischer Mehrarbeit verbunden wäre, gab Kämmerer Peter Haslbeck zu bedenken. Würde dies nicht gemacht, könne man die staatliche Förderung verlieren. Das würde die Gemeinde finanziell zusätzlich belasten. Denn die Förderung orientiere sich an festen Abholzeiten und zwar 14 Uhr, 15.30 Uhr und 16 Uhr. Künftig wird es in der Gemeinde eine zusätzliche Abholzeit geben, nämlich 14.30 Uhr. Die Personalkosten dafür trägt die Gemeinde.

Insgesamt lässt sich die Gemeinde Haimhausen die Kinderbetreuung pro Jahr mehr als zwei Millionen Euro kosten. Allein das Defizit im Kinderhaus in der Pfarrstraße und in der Kinderkrippe in der Professor-Schinnerer-Straße beträgt heuer 445 000 Euro.

Bestens informiert mit SZ Plus – 14 Tage kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.4548174

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 01.08.2019

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.